

Maria Unger: „Wir wollen sie nicht in unserer Stadt“

Von GERRIT DINKELS und BURKHARD HOELTZENBEIN

Gütersloh (gl). Eine Stadt im Ausnahmezustand. Weit mehr als 1000 Polizisten, Straßensperren mit Ausweiskontrollen, ein gespenstischer Aufmarsch, vor allem aber auch mehr als 3000 Demonstranten, die ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus und Intoleranz setzten, das war der Samstag in Gütersloh.

Der zentralen Kundgebung des Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage auf dem Berliner Platz wohnten nur wenige hundert Menschen bei, die Polizei spricht von zeitweise bis zu 500 Personen. Mit bis zu 4000 war gerechnet worden. Stattdessen entwickelte sich der ZOB zum Magneten, wo der DGB seine Kundgebung abhielt und die Trennlinie zu den Rechten verlief. Die meisten Teilnehmer wollten näher am Geschehen sein und einen Blick auf die reisenden Neonazis werfen. Außerdem fielen gleich mehrere vorgesehene Tanz-, Musik- und Folklorebeiträge aus.

Bürgermeisterin Maria Unger, die zu einem „breiten Bündnis aller Demokraten“ aufgerufen hatte, gab sich gegenüber der „Glocke“ gelassen: „Jeder kann sich aussuchen, wo er sich am wohlsten fühlt“. Das sei so gewollt. In ihrer Rede sagte die Bürgermeisterin, für rechtsextremes Gedankengut, importierte Demonstrationzüge, Pseudoproblemlagen und dumpfe



Stimmungsmache sei in Gütersloh kein Platz. „Das alles brauchen wir hier nicht, und wir wollen es auch nicht“, betonte Unger. „Wir wollen Vielfalt statt Einfalt, das Miteinander der Kulturen ist uns ein besonderes Anliegen, und auf das friedliche Zusammenleben von Menschen aus rund 100 Nationen in unserer Stadt in Achtung und Respekt sind wir stolz.“

Der DGB-Landesvorsitzende und Gastredner Guntram Schneider bedauerte, dass die Gerichte keine Mittel fänden, Aufmärsche von Neonazis zu verbieten. Nach wie vor gelte der Satz von Rosa Luxemburg, Freiheit sei immer auch die Freiheit der Andersdenkenden.

„Aber bei Neonazis hört der Spaß auf, hier gilt null Toleranz“, sagte Schneider. „Front machen gegen die braune Front“, forderte der Gewerkschafter.

Dr. Helmut Klatt, Geschäftsführer des Unternehmensverbands im Kreis Gütersloh, wandte sich gegen jegliche Form von Extremismus von Rechten und von Linken. „Öffentliche Provokationen durch rechtsextremistische Gruppierungen gefährden den inneren Frieden unseres Landes“, sagte Klatt. Außerdem schadeten sie dem Ansehen Deutschlands und der Wirtschaft im Ausland. Es gelte, rechtsextremen Tendenzen entschieden entgegen zu treten. Klatt: „Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, Rechte und Würde aller in Deutschland lebenden Menschen zu wahren.“

Schweigen und wegsehen seien

keine Lösung, sagte Pfarrer Andreas Walczak-Deterr von der Evangelischen Kirchengemeinde. „Unsere Gesellschaft braucht Einmischung, Beteiligung und Mitgestaltung.“ In Gütersloh gebe es keinen Nährboden für Vorurteile und Rassenhass.

Als Erste hatten sich morgens etwa 500 Jugendliche und Lehrer von weiterführenden Schulen an der Anne-Frank-Schule versammelt, die Polizei spricht sogar von 700. Das Einstein-Gymnasium Rheda stieß mit zwei Bussen voller junger Demonstranten hinzu. Dann startete der Umzug Richtung Innenstadt. „Wir können doch nicht Zuhause sitzen, wenn Neonazis durch die Straßen ziehen“, sagten die AFS-Schülersprecher Lydia Katzert und Felix Hagemann bei der Begrüßung. „Das war eine schöne Zusammenarbeit mit Eltern, Kollegium und Schülern“, lobte Schulleiterin Dr. Jutta Obbelode.

Schüler des ältesten Jahrgangs wirkten als Ordner, die Polizei verteilte Flugblätter. Der Zug führte zunächst zum ehemaligen jüdischen Friedhof an der Böhrmerstraße, weiter über die Marienfelder Straße in die Stadt. Abwechselnd gab es über den Lautsprecher des Führungsfahrzeugs Musik von den „Ärzten“ und Gedichte von Luise Rinser, Kurt Tucholsky und anderen.

Viele ältere Passanten nahmen den Zug, der auch am Mahmal für die dort 1938 niedergebrannte Synagoge an der Daltropstraße vorbeiführte, kaum wahr. Auch am Stolperstein für die 1943 deportierte Jüdin Klara Herzberg an der Königstraße legte die Vorhut einen Blumenstrauß nieder.

Titelseite/Westfalen/Gütersloh 3



Auf der Carl-Bertelsmann-Straße blockierten linke Demonstranten den Umzug der Neonazis. Mehr als eine Stunde hielten sie ihn auf.



Einige Gegendemonstranten musste die Polizei aus dem Weg tragen, darunter ein Schwergewicht in Blau.



Auf Abstand hielt die Polizei Neonazis (vorn) und Gegendemonstranten am Bahnhof. Nicht durch den Haupteingang, sondern über eine seitliche Rampe wurden die Rechten auf die Kaiserstraße eskortiert.

Am Ende ein Schweigemarsch

Von JAN FOCKEN

Gütersloh (jfo). „Nazis raus? Das sind doch selber welche.“ Der Polizist ist immer noch verduzt bis beeindruckt, kurz nachdem er und seine Kollegen überrumpelt wurden. 11.45 Uhr vor dem Hauptbahnhof: Die Polizisten kontrollieren die Teilnehmer des rechten Umzugs in einem Zelt.

Ein Zug hält, der Bahnsteig füllt sich. Etwa 50 Demonstranten werden von der Polizei eine Rampe hinunter geleitet, direkt zum Zelt. Plötzlich reißen sie Fahnen hoch, „Skins gegen Nazis“ und „Antifaschistische Aktion“ steht drauf. Von der herbestürmenden Polizei abgedrängt, skandieren sie „Nazis raus!“.

„Super Aktion, Hut ab.“ Volker Lange, Abteilungsführer der Bereitschaftspolizei Köln und an

diesem Tag zuständig für die Rechten, zollt den verkleideten Antifa-Leuten Respekt. Zwar sind linke und rechte Skins ohnehin schwer zu unterscheiden, aber in diesem Fall war die Maskerade laut Polizei perfekt. Ansonsten fällt es aber auch erfahrenen Beamten schwer, den Überblick zu behalten: Palästinenser-tücher sind auf beiden Seiten zu sehen, schwarze Kapuzensweatshirts scheinen links und rechts zur Basisausstattung zu gehören.

Eingezäunt und von der Polizei eingekreist, von den Gegendemonstranten getrennt durch die 150 Meter breite neutrale Zone vor dem Bahnhof, marschieren schließlich 155 Neonazis los, unter ihnen mehr als 20 Frauen. Einen schickte die Polizei vorab nach Hause, er war betrunken.

Sofort nach dem Start hören die Bereitschaftspolizisten das Kom-

mando „Helme auf!“. Aus den Reihen derer, die sich vor dem Hotel Stadt Gütersloh versammelt haben, fliegen nicht nur Flaschen, auch eine Billardkugel, in Richtung des rechten Aufmarschs. Der Zug der Neonazis, den die Polizei aus der Innenstadt verbannt hatte, kommt auf der Carl-Bertelsmann-Straße ins Stocken: Laut Polizei 70 Gegendemonstranten, von oben gezählt rund 120, blockieren kurz vor der großen Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße / Verler Straße den rechten Umzug. Über eine Stunde dauert es, bis die Polizei die Straße räumt. Der Zeitplan gerät ins Stocken, die Wegstrecke wird geändert. Eine zweite Blockade dauert zwar erheblich kürzer, die Neonazis müssen schließlich am Güterbahnhof entlang zurück zum Bahnhof ziehen, ein Schweigemarsch im Industrieareal.

Der Preis der Demokratie

Von GERRIT DINKELS

Auf dem Langen Weg am Güterbahnhof gleicht der Aufmarsch der Neonazis einem Geisterzug. Schweigend laufen die Rechten ihren Anführern hinterher. Keine Parolen, nichts mehr. Niemand nimmt Notiz. Selbst die Medien interessieren sich am Abend nur noch am Rande für die reisenden Demonstranten.

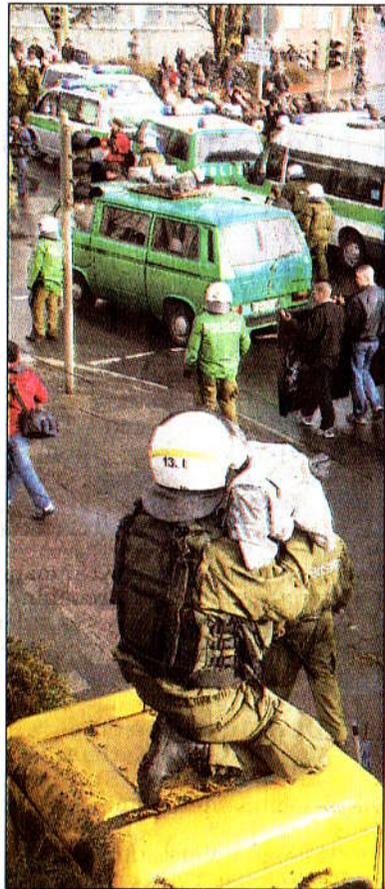
Wäre das die Lösung gewesen, die dem Einzelhandel am Samstag einen Umsatzeinbruch und dem Steuerzahler Kosten für den Polizeieinsatz im sechsstelligen Bereich (die Rede ist von bis zu 500 000 Euro) erspart hätte? Die den Rechten die Aufmerksamkeit beschert hätte, die sie eigentlich verdienen (nämlich keine)? Nein!

In Gütersloh hat sich einmal mehr gezeigt, dass Demonstrationstourismus kein rechtes Phänomen ist. Dass Linke wie Rechte zu Kundgebungen reisen wie Fußballfans zu Bundesligaspielen. Das Werfen von Flaschen und Billardkugeln ist kein Kavaliersdelikt, es gefährdet Menschen. Bei der Polizei ist man sicher, das waren „keine von hier“. Wie viele nicht von hier waren, zeigten die häufigen Fragen nach dem Weg,

sogar nach dem Bahnhof. Eine heimische Schülerin meinte hingegen zu ihrer Freundin, nachdem auf dem Stohlmannplatz die ersten Flaschen geflogen waren: „Orangen, das geht ja noch, aber Flaschen? Die, die getroffen werden, das sind die Polizisten.“ Dafür haben friedfertige Gütersloher kein Verständnis.

Auch wenn man die als zentral geplante Kundgebung auf dem Berliner Platz anders wertet als Bürgermeisterin Maria Unger, nämlich mangels Beteiligung auf und vor der Bühne als Peripherie des eigentlichen Geschehens, so hat der Schulterchluss aller gesellschaftlichen Gruppen doch eines gezeigt: Rechtsextreme haben in Gütersloh keine Chance. Dafür wird in den Schulen gute Arbeit geleistet, dafür leben an der Dalke fast 100 Nationen Tür an Tür.

Eine lautlose Demonstration hätte es nicht gegeben. Das sind die Antifaschisten schon ihrem Gewissen schuldig. So hat es sich gelohnt, dass Tausende friedlich zum Ausdruck brachten, Intoleranz und Fremdenhass finden in dieser Stadt keinen Nährboden. Das ist ein hoher Preis für eine Hand voll Neonazis, aber eben der Preis der Demokratie.



Kameramann: Von einer Telefonzelle aus filmte dieser Polizist den rechten Umzug. So werden Straftaten festgehalten. Einer der Neonazis erhält eine Anzeige, weil er den Hitlergruß gezeigt hat.